

Arbeitsmarkt | 21.12.2016 | Nr. 591/16

## **Johannes Callsen: Die Koalition tut zu wenig gegen den Fachkräftemangel und schafft zu viel Hindernisse für Unternehmertum**

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, hat angesichts des heutigen (21. Dezember 2016) Rück- und Ausblicks der Arbeitsagentur und des Wirtschaftsministers Reinhard Meyer auf den Arbeitsmarkt vor von der Landesregierung zu verantwortenden negativen Entwicklungen gewarnt:

„Wegen der bundesweit hervorragenden Konjunktur wirken die falschen Weichenstellungen von SPD, Grünen und SSW sich bislang noch nicht in vollem Umfang aus. Meyer darf die vorhandenen Probleme und die Mahnungen der Wirtschaft dennoch nicht länger ignorieren“, sagte Callsen.

So habe erst gestern das Statistikamt Nord auf den Abschwung im Ausbaugewerbe hingewiesen. Dort sei die Zahl der Betriebe um fünf und die Zahl der Arbeitsplätze um vier Prozent gesunken. Die Zahl der Betriebsansiedlungen sei seit Jahren rückläufig.

„Das ist die Quittung für eine Wirtschaftspolitik von SPD, Grünen und SSW, die den Unternehmen nur Knüppel zwischen die Beine wirft und ihnen jedes Jahr Millionen Euro an zusätzlichen Bürokratiekosten aufbürdet“, sagte Callsen. Die prominentesten Beispiele seien das Korruptionsregister, das Tariftrue- und Vergabegesetz, der landesspezifische Mindestlohn und die verheerende Bilanz bei der Verkehrsinfrastruktur.

Hinzu kämen die ungelösten Probleme bei der Gewinnung qualifizierten Nachwuchses. „Immer wieder klagen Unternehmen über nicht ausbildungsreife Auszubildenden. Hier werden sie von der Landesregierung mit ihrer Abi-für-Alle-Bildungspolitik allein gelassen“, so Callsen.

Auch die Integrationsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt würden von SPD, Grünen und SSW nicht genutzt: „Die CDU wollte Flüchtlingen ohne in Deutschland anerkannten Schulabschluss die Möglichkeit geben, bis zum 25. und in Ausnahmefällen zum 27. Lebensjahr die Berufsschule zu besuchen und ihnen so die Chance auf einen Abschluss eröffnen. Das haben SPD, Grüne und SSW abgelehnt. So werden die Flüchtlinge Hilfsarbeiter, aber keine Fachkräfte“, sagte Callsen.